

Das Sachenrecht

Erste Abteilung

Das Eigentum

Art. 641 bis 729

von

Dr. Robert Haab

Professor an der Universität Basel

Dr. August Simonius

Professor an der Universität Basel

Dr. Werner Scherrer

Professor an der Universität Basel

Dr. Dieter Zobl

Rechtsanwalt in Zürich

Zürich 1977 Schulthess Polygraphischer Verlag

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	.V
Erscheinungsdaten der einzelnen Lieferungen	.VI
Einleitung	
A. Begriff, Entwicklung und Quellen des Sachenrechtes	3
I. Begriff des Sachenrechtes	3
II. Die Entwicklung des Sachenrechtes	3
1. Bis zum ZGB	3
2. Die Aufgabe des ZGB	4
III. Die Quellen des Sachenrechtes	5
1. Bundesrecht	6
a) Bundesgesetze	6
b) Notverordnungen des Bundesrates	7
c) Verordnungen des Bundesrates und des Bundesgerichtes	7
2. Kantonales Recht	8
a) Vorbehalt des kantonalen Rechtes auf den Grenzgebieten zwischen dem Privatrecht und dem öffentlichen Recht sowie hinsichtlich der Behörden- organisation	8
b) Vorbehalt des kantonalen Rechtes auf dem Gebiet des Privatrechtes	8
3. Die Bedeutung des öffentlichen Rechtes	9
B. Die Gegenstände des Sachenrechtes	9
I. Die Sachen	9
1. Der Begriff der Sache	9
a) Überhaupt	9
b) Der Begriff der körperlichen Sache	10
c) Die Ware	12
d) Die Wertpapiere	13
2. Einteilung der Sachen	13
a) Bewegliche und unbewegliche Sachen	13
b) Vertretbare und Verbrauchbare Sachen	14
c) Teilbare und unteilbare Sachen	15
d) Herrenlose Sachen	16
e) Nicht oder nur beschränkt verkehrsfähige Sachen	16
f) Hauptsache, Bestandteil, Frucht, Zugehör	17
3. Einzelsache und Sachgesamtheit	18
a) Einzelsache	18
b) Sachgesamtheit	18
II. Andere Gegenstände des Sachenrechtes	19
1. Rechte	19
a) In das Grundbuch aufgenommene selbständige und dauernde Rechte	20
b) Andere Rechte	21

2. Energien	22
a) Elektrische Energie.	22
b) Anwendung sachenrechtlicher Rechtssätze.	23
c) Rechtsschutz.	24
d) Verträge.	24
3. Immaterialgüter.	25
4. Vermögen.	25
5. Unternehmen	26
C. Die dinglichen Rechte.	27
I. Begriff und Arten.	27
1. Dingliche und persönliche Rechte.	27
a) Dingliche Rechte.	27
b) Persönliche Rechte.	29
c) Ansprüche.	30
2. Arten der dinglichen Rechte.	30
a) Unterscheidung nach der Art der Herrschaft.	30
b) Unterscheidung nach dem Rechtsobjekte.	31
c) Unterscheidung nach dem Subjekte.	31
II. Grundprinzipien der Ordnung des dinglichen Rechtes im ZGB.	31
1. Numerus clausus.	31
2. Beschränkung der Vertragsfreiheit.	32
3. Spezialitätsprinzip.	32
4. Publizitätsprinzip.	33
a) Wesen des Publizitätsprinzipes.	33
b) Publizitätsmittel.	33
c) Bedeutung des Publizitätsprinzipes für die Ausgestaltung des Sachenrechtes	34
5. Rang.	34
6. Kein abstrakter dinglicher Vertrag	35
III. Die Rechtsanwendung.	35
1. In zeitlicher Beziehung	35
2. In örtlicher Beziehung.	35
a) Rechte an unbeweglichen Sachen.	36
b) Rechte an beweglichen Sachen.	36

Erste Abteilung

Das Eigentum

Achtzehnter Titel

Allgemeine Bestimmungen

Vorbemerkungen

I. Zur ersten Abteilung	37
II. Zum 18. Titel	38
1. Umschreibung der Rechtsstellung des Eigentümers im allgemeinen	38
2. Ausschnitt aus der Lehre von den Sachen.	38

VIII

3. Ordnung des gemeinschaftlichen Eigentums	38
a) Miteigentum	38
b) Gesamteigentum	38
Art. 641	
I. Begriff des Eigentums	39
1. Die gemeinrechtliche Lehre	39
2. Der Eigentumsbegriff des schweizerischen Rechtes	40
a) Fehler der romanistischen Doktrin	40
b) Eigentumsinhalt aus der Gesamtrechtsordnung	41
c) Eigentum im Sinne des schweizerischen Rechtes	41
II. Inhalt des Eigentums	42
1. Quelle für die Bestimmung des Eigentumsinhaltes	42
2. Rechte des Eigentümers	42
a) Positive Seite	43
b) Negative Seite	43
3. Pflichten des Eigentümers	43
a) Gleiche Pflichten wie der Träger eines subjektiven Rechtes	43
b) Unterscheidung der Pflichten ihrem Inhalte nach	43
c) Begründung der Pflichten in der Rechtsordnung	44
III. Beschränkungen des Eigentums	45
IV. Arten des Eigentums	45
1. Duplizität der Ausgestaltung des Eigentums	45
a) Eigentum an Grundstücken und Eigentum an Fährnis	46
b) Alleineigentum und gemeinschaftliches Eigentum	46
2. Scheinbare Duplizität der Ausgestaltung des Eigentums	46
a) Buchliches und außer buchliches Eigentum	46
b) Materielles und fiduziarisches Eigentum	46
c) Juristisches und wirtschaftliches Eigentum	47
d) Sacheigentum und geistiges Eigentum	48
e) Bürgerliches Eigentum und öffentliches Eigentum	48
V. Subjekt des Eigentums	48
1. Natürliche Personen	48
2. Juristische Personen	48
3. Bezeichnung des Eigentümers im Grundbuche	48
VI. Gegenstände des Eigentums	49
VII. Schutz des Eigentums	49
1. Der Eigentumsschutz überhaupt	49
2. Selbsthilfe	50
3. Herausgabeanspruch und Eigentumsfreiheitsanspruch	50
a) Der Herausgabeanspruch	50
b) Der Eigentumsfreiheitsanspruch	52
4. Andere zivilrechtliche Schutzmittel des Eigentums	55
a) Hinsichtlich des Eigentums an Grundstücken und an Fährnis	55
b) Hinsichtlich des Mobiliareigentums	56
c) Hinsichtlich des Immobiliareigentums	57

5. Öffentlichrechtlicher Schutz	57
a) Strafrechtlicher Schutz	57
b) Verwaltungsrechtlicher Schutz	57
6. Die Eigentumsgarantie	58
a) Umfang	59
b) Inhalt	59
c) Vorbehalt der Expropriation gegen Entschädigung	61
7. Schutz des Privateigentums im Kriege	61

Art. 642

I. Der Begriff des Bestandteiles überhaupt	62
1. Das Problem	62
a) Physische Beschaffenheit, wirtschaftliche Zusammenhänge und Funktionen	62
b) Abgrenzung des Bestandteiles als Errungenschaft der modernen Gesetzgebung	63
c) Wirtschaftliche Entwicklung als Grund für die Scheidung zwischen Bestandteil und Zugehör.	63
2. Der Bestandteilsbegriff des schweizerischen Rechtes	64
a) Das Bundesrecht	64
b) Das kantonale Recht	64
II. Der Begriff des Bestandteils im Sinne von Art. 642	64
1. Im allgemeinen	64
a) Bestandteile sind stets körperliche Gegenstände	64
b) Einheitssachen und zusammengesetzte Sachen	64
c) Hauptsache oder Bestandteil?	65
2. Die einzelnen Voraussetzungen der Bestandteileigenschaft	65
a) Äußere Verbindung	65
b) Innere Verbindung	66
c) Ortsgebrauch	68
III. Entstehung und Wirkungen der Bestandteileigenschaft	69
1. Entstehungsgründe	69
2. Wirkungen	69
a) Sachenrecht	69
b) Obligationenrecht	71
c) Zwangsvollstreckung	71
d) Expropriation	72
IV. Die Beendigung der Bestandteileigenschaft und deren Wirkung	72
1. Beendigungsgründe	72
2. Wirkung	73
V. Intertemporales Recht	74

Art. 643

I. Der Fruchtbegriff überhaupt	75
1. Das Problem	75
2. Der Fruchtbegriff des schweizerischen Rechtes	76
a) Das Bundesrecht	76
b) Das kantonale Recht	76

II. Der Begriff der natürlichen Frucht	77
1. Erzeugnisse	77
2. Erträgnisse	77
a) Bestimmungsgemäße Ausbeutung	78
b) Relativität der Fruchteigenschaft	78
3. Abgrenzung des Fruchtbegriffes	78
III. Das Fruchtrecht	79
1. Das Prinzip	79
a) Die ungetrennte Frucht	79
b) Die getrennte Frucht	79
2. Der Fruchterwerb	79
a) Durch den Eigentümer	79
b) Durch Dritte	80
3. Fruchtersatz	82
4. Zwangsvollstreckung in natürliche Früchte	82
a) Pfändung der Früchte als Bestandteile der Stammsache	82
b) Gesonderte Pfändung der ungetrennten Früchte	83
c) Rechte der Grundpfandgläubiger	84
d) Schutz der Pfändungsgläubiger	85
5. Steuerrecht	85
 Art. 644, 645	
I. Der Begriff der Zugehör überhaupt	86
1. Das Problem	86
2. Der Zugehörbegriff des schweizerischen Rechtes	87
a) Das Bundesrecht	87
b) Das kantonale Recht	88
II. Der Begriff der Zugehör im Sinne der Art. 644/645	88
1. Im allgemeinen	88
a) Ein Recht kann nicht Zugehör einer Sache sein	89
b) Eine Sache kann nicht Zugehör eines Rechtes sein	89
c) Ein Recht kann nicht Zugehör eines Rechtes sein	89
2. Die einzelnen Voraussetzungen des Zugehörverhältnisses	90
a) Zugehör können nur selbständige Sachkörper sein	90
b) Die Zugehör muß den wirtschaftlichen Zwecken der Hauptsache dauernd zu dienen bestimmt sein	90
c) Die Zugehör muß zu der Hauptsache in einem der wirtschaftlichen Zweckbeziehung entsprechenden, für Dritte wahrnehmbaren äußern Verhältnis stehen	91
d) Ortsgebrauch und Widmung	92
3. Zugehör und Nebensache	95
III. Die Entstehung der Zugehöreigenschaft	95
1. Die Widmung	95
2. Die Befugnis zur Widmung	95
3. Beweis der Zugehöreigenschaft	96

IV. Die Wirkungen der Zugehörigkeit	97
1. Im allgemeinen	97
a) Zugehör als selbständige bewegliche Sache	97
b) Zugehör und Hauptsache als ökonomische und rechtliche Einheit	97
2. Insbesondere im Privatrecht	99
a) Obligationenrecht	99
b) Familien- und Erbrecht	100
c) Sachenrecht	100
3. Insbesondere im Prozeßrecht	103
4. Insbesondere im Betreibungs- und Konkursrecht	104
a) Zugehör und Unpfändbarkeit	104
b) Betreuung auf Pfändung	104
c) Betreuung auf Pfandverwertung	109
d) Konkurs	110
5. Insbesondere im Expropriationsrecht	111
V. Die Beendigung der Zugehörigkeit und deren Wirkung	111
1. Beendigungsgründe	111
2. Die Wirkungen	111
VI. Intertemporales Recht	111
VII. Internationales Recht	113
Vorbemerkungen zu den Art. 646—654	
(Gemeinschaftliches Eigentum)	
I. Das gemeinschaftliche Eigentum überhaupt	114
II. Das gemeinschaftliche Eigentum im ZGB	116
1. Formen des gemeinschaftlichen Eigentums	116
a) Das Miteigentum	116
b) Das Gesamteigentum	117
c) Das gegenseitige Verhältnis zwischen Mit- und Gesamteigentum	118
2. Die juristische Konstruktion des gemeinschaftlichen Eigentums	118
a) Begriffliche Beziehung von Mit- und Gesamteigentum	118
b) Das Miteigentum	118
c) Das Gesamteigentum	119
III. Anwendbarkeit der Art. 646—654 außerhalb des Eigentumsrechtes	122
IV. Intertemporales Recht	123
V. Ausländisches Recht	123
Art. 646	
I. Begriff des Miteigentums	125
II. Subjekt und Objekt des Miteigentums	125
1. Subjekt	125
2. Objekt	125
III. Die Entstehung des Miteigentums	125
1. Auf Grund eines Rechtssatzes	125
a) Nach Bundesrecht	125
b) Das kantonale Recht	126

2. Auf Grund behördlicher Verfügung	126
3. Auf Grund eines Rechtsgeschäftes.	126
IV. Der Miteigentumsanteil.	127
1. Im allgemeinen	127
2. Die grundbuchliche Behandlung des Miteigentums	128
3. Der Miteigentumsanteil als Gegenstand der Verfügung	130
a) Veräußerung.	130
b) Belastung.	131
c) Verzicht	131
4. Der Miteigentumsanteil als Gegenstand der Zwangsvollstreckung	132
a) Betreibung auf Pfändung.	132
b) Betreibung auf Pfandverwertung.	135
c) Konkurs.	135
5. Konkurrenz zwischen Rechten an der Sache und Rechten an den Anteilen	135
a) Im allgemeinen.	135
b) Sonderrechte des Miteigentümers an der gemeinsamen Sache	137
6. Veränderungen in den Quoten.	137
a) Im allgemeinen.	137
b) Vereinigung aller Anteile in einer Hand.	138
Art. 647	
I. Die Verwaltung überhaupt	139
II. Die subsidiäre, gesetzliche Verwaltungsordnung	140
1. Grundgedanke	140
2. Die Verwaltungsordnung im einzelnen.	141
a) Gewöhnliche Verwaltungshandlungen.	142
b) Wichtigere Verwaltungshandlungen.	142
c) Verwaltungshandlungen, welche zu einer Veräußerung oder Belastung der Sache führen oder eine Veränderung der Zweckbestimmung derselben in sich schließen.	144
Art. 648	
I. Vertretung, Gebrauch und Nutzung überhaupt	145
II. Insbesondere die «Vertretung der Sache».	146
III. Insbesondere Nutzung und Gebrauch	147
1. Nutzung	147
2. Gebrauch (Benutzung).	147
IV. Änderung der Zweckbestimmung und Verfügung über die Sache	148
V. Rechtsschutz unter den Miteigentümern	148
1. Auf der Gemeinschaft beruhende Klagen.	148
2. Petitorische Klagen.	148
3. Possessorische Rechtsbehelfe.	148
Art. 649	
I. Das interne Verhältnis.	149

Art. 650, 651

I. Die Voraussetzungen für die Aufhebung des Miteigentums.	.151
1. Der Anspruch auf Aufhebung des Miteigentums.	.151
2. Modalitäten des Anspruches auf Aufhebung des Miteigentums	.152
a) Die Aufhebung darf nicht zur Unzeit verlangt werden.	.152
b) Die Aufhebung des Miteigentums kann durch Rechtsgeschäft auf höchstens zehn Jahre ausgeschlossen werden.	.153
c) Die Aufhebung des Miteigentums kann von Gesetzes wegen zufolge der Bestimmung der Sache für einen dauernden Zweck ausgeschlossen sein	.154
II. Die Aufhebung des Miteigentums.	.154
1. Die Art und Weise der Aufhebung überhaupt	.154
2. Die außergerichtliche Aufhebung.	.155
a) Teilungsvertrag	.155
b) Inhalt des Vertrages.	.155
3. Die gerichtliche Aufhebung des Miteigentums.	.156
a) Die Voraussetzungen der Intervention des Richters.	.156
b) Die juristische Natur der Teilungsklage.	.156
c) Die richterlichen Teilungsmaßnahmen.	.157
III. Besonderheiten des Sammellagergeschäftes.	.158

Art. 654

I. Begriff des Gesamteigentums.	.159
II. Entstehung des Gesamteigentums.	.159
1. Voraussetzungen des Gesamteigentums überhaupt.	.159
2. Insbesondere die Gesamteigentum begründenden Gemeinschaften	.160
a) Bundesrecht.	.160
b) Kantonales Recht.	.161
III. Beendigung des Gesamteigentums.	.161
1. Im allgemeinen	.161
2. Insbesondere die Aufhebung der Gemeinschaft	.162
a) Die Gründe für die Aufhebung.	.162
b) Die Folgen der Aufhebung.	.162
IV. Das Gesamthandsvermögen	.164
1. Bestand	.164
2. Rechte und Pflichten der Gesamthänder hinsichtlich des Gesamtvermögens	.165
3. Verfügung über das Gesamthandsvermögen.	.165
4. Veränderungen hinsichtlich der Träger des Gesamthandsvermögens (Ein- und Austritt).	.165
a) Im allgemeinen	.165
b) Erbengemeinschaft.	.166
5. Anteile der Gesamthänder.	.167

V. Die grundbuchliche Behandlung der Gesamthandsgrundstücke	167
1. Die Formen der Eintragung	168
a) Bei der Gütergemeinschaft, der Gemeinderschaft und der einfachen Gesellschaft	168
b) Bei der Erbengemeinschaft	168
c) Beim nicht rechtsfähigen Verein, bei der Kollektiv- und Kommanditgesellschaft	169
d) Bei den kantonalrechtlichen Gesamthandschaften.	169
2. Die Konstituierung des Gesamthandvermögens.	169
a) Erbengemeinschaft	169
b) Gütergemeinschaft	172
c) Gesellschaften.	173
d) Gemeinderschaft	174
3. Veränderungen im Bestände des Gesamthandvermögens.	175
a) Veräußerung und Belastung.	175
b) Erwerbung von Grundstücken für das Gesamtvermögen.	176
4. Veränderungen im Bestände der Gesamthänder.	177
5. Beendigung der Gemeinschaft.	179
a) Im allgemeinen.	179
b) Insbesondere die Erbteilung.	179
6. Die Anteile.	180

Neunzehnter Titel

Das Grundeigentum

Vorbemerkungen

I. Grundeigentum und Fahrniseigentum	181
1. Im allgemeinen	181
2. Insbesondere der Eigentumserwerb.	181
3. Insbesondere der Eigentumsinhalt	182
II. Übersicht über den Inhalt des XIX. Titels	183
1. Gegenstand, Erwerb und Verlust des Grundeigentums.	183
2. Inhalt und Beschränkungen des Grundeigentums.	183

Erster Abschnitt

Gegenstand, Erwerb und Verlust des Grundeigentums

Vorbemerkungen

I. Der Gegenstand des Grundeigentums.	183
II. Der Erwerb und Verlust des Eigentums.	184
1. Erwerbsarten	184
2. Die Bedeutung des Grundbuches für den Eigentumserwerb	185
III. Die herrenlosen und öffentlichen Sachen	185

Art. 655

I. Die Grundstücke überhaupt186
II. Insbesondere die Liegenschaften.187
1. Der Begriff der Liegenschaft überhaupt187
2. Der Begriff der Liegenschaft im grundbuchtechnischen Sinne (Grundbuchparzelle).188
3. Die Buchung der Liegenschaften im Grundbuche189
III. Insbesondere die selbständigen und dauernden Rechte.189
1. Im allgemeinen.189
a) Der liegenschaftsgleichen Behandlung fähige Rechte.189
b) Die Voraussetzungen der grundstücksgleichen Behandlung190
c) Die grundbuchliche Behandlung der selbständigen und dauernden Rechte192
d) Die Wirkungen der Blätteröffnung193
2. Insbesondere die Wasserrechte.195
a) Überhaupt195
b) Die grundbuchliche Behandlung der Wasserrechte.196
c) Die Wirkung der Buchung des Wasserrechtes.197
3. Insbesondere die selbständigen und dauernden Rechte des kantonalen Rechts197
a) Die dem kantonalen Rechte unterstehenden Korporationsanteilsrechte197
b) Andere Rechte.199
c) Grundbuchliche Behandlung.199
IV. Insbesondere die Bergwerke.200
1. TBegriff des Bergwerkes.200
2. Zweck und Bedeutung der Buchung des Bergwerkes.200

Art. 656

I. Der Erwerb des Grundeigentums.201
1. Leitende Grundsätze.201
a) Eintragung in das Grundbuch.202
b) Rechtsgrund.202
2. Insbesondere der Eigentumserwerb durch- rechtsgeschäftliche Übertragung204
a) Der Tatbestand der Eigentumsübertragung204
b) Erfordernisse der Eigentumsübertragung.205
c) Bedeutung und gegenseitiges Verhältnis dieser verschiedenen Erfordernisse206
3. Der Zeitpunkt des Eigentumserwerbes.208
II. Insbesondere die Eintragung.208
1. Voraussetzungen208
a) Eine Anmeldung208
b) Der Ausweis über den Rechtsgrund210
c) Die Zahlung der Grundbuchgebühren und der Rechtsverkehrssteuern210
2. Inhalt und Form der Eintragung.210
3. Wirkungen der Eintragung211
III. Die Stellung des Erwerbers vor der Eintragung.211
1. Im Geltungsbereiche des absoluten Eintragungsprinzipes.211
a) Im allgemeinen.211

b) Anspruch auf gerichtliche Zusprechung des Eigentums.	212
c) Insbesondere die Stellung des besitzenden nicht eingetragenen Erwerbers .	214
2. Im Geltungsbereiche des relativen Eintragungsprinzips.	215
a) Stellung des Erwerbers im allgemeinen.	215
b) Zwangsvollstreckung	215
IV. Tatbestände des außerbuchlichen Erwerbs.	216
1. Gesamtrechtsnachfolge.	216
a) Erbgang	216
b) Eheliches Güterrecht	217
c) Fusion	217
d) Verstaatlichung und Kommunalisierung von Aktiengesellschaften und Genossenschaften.	218
e) Eingemeindung	218
f) Anfall des Vermögens einer aufgehobenen juristischen Person an das Gemeinwesen.	218
g) Umwandlung von Gesellschaften?	219
h) Übergang des Sicherungsfonds einer Lebensversicherungsgesellschaft im Falle der Übertragung des Versicherungsbestandes.	220
2. Aneignung	220
3. Enteignung	220
a) Begriff der Enteignung	221
b) Der Eigentumserwerb des Exproprianten und dessen grundbuchliche Behandlung	221
c) Rückforderungsrecht des Enteigneten	224
d) Änderung der Eigentumsverhältnisse nach ExprGes. Art. 7 und 26	225
4. Expropriationsähnliche Tatbestände des kantonalen Rechts.	225
a) Die Güterzusammenlegung unter behördlicher Mitwirkung oder Aufsicht	225
b) Umlegung städtischer Grundstücke, Quartierplanverfahren	227
c) Grenzregulierungen	228
5. Zwangsvollstreckung	229
a) Zwangsversteigerung	229
b) Der Verkauf aus freier Hand	231
6. Urteil	232
a) Voraussetzungen	232
b) Urteilssurrogate	233
c) Die Eintragung	234
7. Wasserrecht	234

Art. 657

I. Die Form des Verpflichtungsgeschäftes überhaupt	235
1. Die Bedeutung von Art. 657.	235
2. Die regelmäßige Form des Vertrages auf Eigentumsübertragung	236
a) Das gesetzgebungspolitische Motiv.	236
b) Der Geltungsbereich des Beurkundungszwanges.	236
3. Besondere Formen	239
a) Ehevertrag	239
b) Rechtsgeschäft von Todes wegen	239
c) Erbteilungsvertrag	240
d) Freiwillige öffentliche Versteigerung	240

II. Die öffentliche Beurkundung	241
1. Begriff	241
2. Die Bedeutung der öffentlichen Beurkundung	242
3. Gegenstand der Beurkundung	243
a) Im allgemeinen	243
b) Die in Art. 657 vorgeschriebene öffentliche Beurkundung	243
4. Die sachliche Zuständigkeit	247
5. Die örtliche Zuständigkeit	247
a) Kontroverse im geltenden Recht	247
b) Nach geltender Praxis	248
c) Im Entwurf zum OR	251
6. Die Form der Beurkundung	251
III. Die Nichterfüllung der Form und ihre Wirkungen	252
1. Im allgemeinen	252
a) Die Formvorschriften	252
b) Wirkungen der Formmängel	252
c) Die Folgen der Ungültigkeit	254
2. Die Anrufung des Formmangels	255
3. Simulation	256
a) Keine Nichtigkeit nach Art. 20 OR	256
b) Preisdifferenz als Anzahlung	256
c) Die Stellung der Urkundsperson	257
Art. 658	
I. Die Aneignung überhaupt	258
II. Die Aneignung im schweizerischen Recht	259
1. Bundesrecht und kantonales Recht	259
2. Die Aneignung von gebuchten Grundstücken	259
a) Voraussetzungen	259
b) Die Wirkungen der Aneignung	261
2. (recte 3.) Die Aneignung von nicht gebuchten Grundstücken	261
Art. 659	
I. Inhalt und Anwendungsgebiet des Artikels	262
II. Die Tatbestände der Bildung neuen Landes	263
1. Anlandungen	263
2. Trockenlegung eines Fluß- oder Seebettes	264
3. Inselbildung	264
4. Rückgang von Gletschern	264
III. Die Eigentumsverhältnisse des neuen Landes	265
1. Im allgemeinen	265
a) Nach der subsidiären bundesrechtlichen Regel	265
b) Nach dem Vorbehalte von Abs. 2	265
c) Die grundbuchliche Behandlung des neuen Landes	266

2. Insbesondere die Landanlagen.	266
3. Insbesondere die Avulsio.	267
Art. 660	
I. Die Regel von Absatz 1.	268
1. Das Prinzip.	268
2. Die Bedeutung von Abs. 1.	269
II. Die Verweisung von Abs. 2.	269
Art. 661, 662, 663	
I. Die Ersitzung überhaupt	271
1. Der Begriff der Ersitzung	271
2. Die Bedeutung der Ersitzung.	272
3. Die Ersitzung im geltenden schweizerischen Recht	272
a) (recte a) Im allgemeinen.	272
b) Insbesondere die Ersitzung von Rechten an Schiffen.	273
II. Die ordentliche Ersitzung (Art. 661).	273
1. Gegenstand der ordentlichen Ersitzung	273
a) Liegenschaft.	273
b) In das Grundbuch aufgenommene selbständige und dauernde Rechte	274
2. Voraussetzungen der ordentlichen Ersitzung.	274
a) Eintragung.	274
b) Ersitzungsbesitz.	275
c) Guter Glaube.	276
d) Zeitablauf.	276
3. Der Eigentumserwerb des Ersitzenden.	278
4. Die Stellung des Ersitzenden während der Ersitzungszeit.	279
III. Die außerordentliche Ersitzung (Art. 662).	279
1. Gegenstand der außerordentlichen Ersitzung	279
2. Die Voraussetzungen der außerordentlichen Ersitzung.	279
a) Hinsichtlich des Grundstücks.	279
b) Ersitzungsbesitz.	280
c) Zeitablauf.	281
d) Erfolglosigkeit des Aufgebotsverfahrens.	281
3. Der Eigentumserwerb des Ersitzenden.	282
4. Die Stellung des Ersitzenden während der Ersitzungszeit.	282
IV. Intertemporales Recht	282
Art. 664	
I. Das ZGB und die öffentlichen Sachen überhaupt.	285
II. Der Begriff der herrenlosen und öffentlichen Sachen.	285
1. Im allgemeinen.	285
2. Die in der Wissenschaft übliche Terminologie.	286
a) Das Finanzvermögen.	286
b) Die öffentlichen Sachen im engeren Sinne.	287

3. öffentliche und herrenlose Sachen i. S. des vorliegenden Artikels	288
III. Die rechtliche Tragweite der Regel von Abs. 1.	288
1. Das Problem.	288
a) Ältere Auffassung.	288
b) Herrschende Lehre.	289
c) Lehre vom öffentlichen Eigentum.	289
2. Die Lösung.	290
IV. Die Rechtsordnung der herrenlosen und öffentlichen Sachen.	291
1. Das Prinzip.	291
2. Der Geltungsbereich des kantonalen Rechtes.	291
a) Die Abgrenzung zwischen den öffentlichen und den privaten Gewässern	291
b) Die Unterwerfung der öffentlichen und herrenlosen Liegenschaften unter den Buchungszwang.	292
c) Die Anwendbarkeit der Sachenrechtsordnung.	292
d) Die Widmung der Sache für den öffentlichen Zweck.	293
e) Die Aneignung des herrenlosen Landes und die Ausbeutung der öffentlichen und der herrenlosen Sachen.	293
f) Die Benutzung der öffentlichen und herrenlosen Sachen.	293
g) Die Zwangsvollstreckung.	296
3. Der Geltungsbereich des Bundesrechtes.	296
a) Begriff der herrenlosen und öffentlichen Sachen.	296
b) Die Vermutung zu Ungunsten des «Privateigentums».	296
c) Die Formen des Rechtsverkehrs.	297
d) Die Aneignung und Ausbeutung.	297
e) Benutzung der öffentlichen und herrenlosen Sachen.	297
f) Expropriation öffentlicher Sachen.	298
V. Die Rechtsordnung des Fiskal- und des Verwaltungsvermögens.	298
1. Die Sachen des Finanzvermögens.	298
2. Die Sachen des Verwaltungsvermögens.	298
a) Verwaltungsvermögen der Kantone, Bezirke und Gemeinden	298
b) Verwaltungsvermögen der Eidgenossenschaft.	299
Art. 665	
I. Anspruch des Erwerbers auf Zusprechung des Eigentums.	300
II. Eintragung bei außerbuchlichem Erwerb.	300
III. Erwerb kraft ehelichen Güterrechtes.	300
Art. 666	
I. Der Verlust des Eigentums überhaupt	301
1. Gründe des Eigentumsverlustes.	301
2. Die Bedeutung des Grundbuches für den Eigentumsverlust	301
3. Der Geltungsbereich der Regeln über den Verlust des Eigentums	301
II. Insbesondere der Untergang des Grundstücks.	302
1. Begriff.	302
2. Grundbuchliche Behandlung.	302

III. Insbesondere der Verzicht auf das Eigentum (Dereliktion).	302
1. Begriff und Bedeutung.	302
2. Die Voraussetzungen der Dereliktion.	303
a) Erklärung des Verzichtwillens.	303
b) Die Eintragung des Verzichtenden im Grundbuche.	303
c) Die Löschung im Grundbuche.	304
3. Umfang der Dereliktion.	304
4. Die Wirkungen der Dereliktion.	304
a) Das Eigentum.	304
b) Die beschränkten dinglichen Rechte.	304
c) Zwangsvollstreckung und Prozeß.	304
5. Verzicht auf einen Miteigentumsanteil.	305
IV. Eigentumsverlust infolge Expropriation.	305

Zweiter Abschnitt

Inhalt und Beschränkung des Grundeigentums

Vorbemerkungen

I. Die Art. 667—679.	305
II. Die Art. 680—703.	306
1. Ihrem Rechtsgrunde nach.	306
2. Ihrem Inhalte nach.	306
a) «Veräußerungsbeschränkungen».	306
b) «Nachbarrecht».	306
c) «Recht auf Zutritt und Abwehr».	307
d) «öffentlich-rechtliche Beschränkungen».	308
III. Die Art. 704—712.	308

Art. 667

I. Umfang und Begrenzung des Eigentums.	309
1. Umfang	309
2. Die Begrenzung	310
3. Beschränkte dingliche Rechte.	310
II. Die Begrenzung in vertikaler Richtung	311
1. Im allgemeinen	311
2. Das Interesse für die Ausübung des Eigentums.	311
3. Die Anwendung des Prinzips von Abs. 1.	312
a) Hinsichtlich des Luftraumes.	312
b) Hinsichtlich des Erdkörpers.	313
III. Das Akzessionsprinzip.	314
1. Im allgemeinen	314
2. Insbesondere die Bauten	314
a) Der Begriff der Baute.	314
b) Fahrnisbauten (Zeitbauten) und Dauerbauten.	315
c) Ausnahmen vom Akzessionsprinzip	316

2. (recte 3.) Insbesondere die Pflanzen	316
3. (recte 4.) Insbesondere die Quellen	317
Art. 668, 669	
I. Die Abgrenzung in horizontaler Richtung	317
II. Vermarkung und Vermessung	318
1. Die Vermarkung	318
a) Festlegung und Bezeichnung der Grenze an Ort und Stelle	318
b) In den Gebieten ohne Grundbuch Vermessung	318
c) Einfriedung	318
d) Strafrechtlicher Schutz der Grenzzeichen	318
2. Die Vermessung	318
III. Die juristische Bedeutung der Vermarkung und der Vermessung	319
1. Vermarkung	319
2. Vermessung	320
a) Anwendbarkeit von ZGB Art. 9.	320
b) öffentlicher Glaube?	320
IV. Ungewißheit der Grenze	323
1. Tatbestände	323
2. Der Abmarkungsanspruch	324
a) Nach seiner juristischen Natur	324
b) Legitimation	324
c) Seinem Inhalte nach	324
d) Verfahren	325
3. Die Eigentumsklagen	325
4. Die Grenzscheidungsklage	325
a) Nach ihrer juristischen Natur	325
b) Legitimation	326
c) Ihrem Inhalte nach	326
d) Das Urteil	326
V. Grenzregulierungen	327
Art. 670	
I. Der Tatbestand	327
1. Vorrichtungen zur Abgrenzung	327
2. Auf der Grenze befindlich	328
a) An der Grenze oder auf der Grenze	328
b) Das Recht, eine Grenzvorrückung auf die Grenze zu stellen	328
II. Die Eigentumsverhältnisse	329
1. Im allgemeinen	329
2. Vermutung des Miteigentums	329
a) Ihrem Gegenstande nach	329
b) Ihrer juristischen Natur nach	329
III. Besonderheiten des Miteigentumsverhältnisses	330
1. Gegenstand des Miteigentums	330
2. Inhalt	331

Art. 671, 672, 673

I. Die Bedeutung der Art. 671—673.	332
1. Das Prinzip.	332
2. Normalfall.	332
3. Besondere Fälle der Diskrepanz zwischen Material- und Bodeneigentum	333
II. Der Bau mit fremdem Material auf eigenem Boden.	333
1. Tatbestand.	333
2. Rechtsfolgen.	333
a) Das Prinzip.	333
b) Der Trennungsanspruch.	334
c) Ersatzanspruch.	336
d) Anspruch auf Zuweisung des Eigentums an Bau und Boden.	337
III. Der Bau mit eigenem Material auf fremdem Boden.	338
1. Tatbestand.	338
2. Rechtsfolgen.	338
a) Das Prinzip.	338
b) Wegschaffungsanspruch des Bodeneigentümers.	339
c) Ersatzanspruch des Materialeigentümers.	339
d) Zuweisung des Eigentums an Bau und Boden an den Materialeigentümer.	340
IV. Der Bau mit fremdem Material auf fremdem Boden.	340
1. Tatbestand.	340
2. Rechtsfolgen.	340

Art. 674

I. Der Tatbestand.	341
1. Allgemeine Tatbestandsmerkmale.	341
2. Die einzelnen Fälle.	342
a) Inanspruchnahme fremden Bodens.	342
b) Inanspruchnahme des fremden Luftraumes.	342
c) Den Vorschriften des Nachbarrechtes zuwiderlaufende Bauten.	343
3. Verwirklichung des Tatbestandes.	343
4. Die rechtspolitische Notwendigkeit von Sonderbestimmungen.	343
II. Vertragliche Ordnung.	344
1. Veräußerung des Bodens an den Überbauenden.	344
2. Bestellung einer Grunddienstbarkeit.	344
3. Begründung einer persönlichen Verpflichtung.	344
4. Prekaristische Gestattung.	344
III. Der unberechtigte Überbau.	345
1. Die Zuweisung des dinglichen Rechtes auf den Überbau oder des Eigentums am Boden.	345
2. Voraussetzungen.	345
a) Der Überbau muß unberechtigt sein.	345
b) Der Verletzte muß sich verschweigen.	345
c) Der Bauende muß sich in gutem Glauben befinden.	347

d) Die Zuweisung muß durch die Umstände gerechtfertigt sein	347
e) Die Zuweisung darf nur gegen angemessene Entschädigung stattfinden	347
3. Die Legitimation.	348
4. Die rechtliche Natur des Anspruches.	348
5. Das Urteil.	348
a) Zuweisung des dinglichen Rechtes auf den Überbau oder des Eigentums am Boden.	348
b) Insbesondere die Zuweisung des dinglichen Rechtes	349
c) Insbesondere die Zuweisung des Eigentums am Boden.	350

Art. 675

I. Das Baurecht.	352
1. Im allgemeinen.	352
a) Entwicklung des Baurechtes.	352
b) Das Baurecht des schweizerischen Rechtes.	353
2. Der Inhalt des Baurechtes.	354
a) Dauerbaute.	354
b) Anderweitige Benutzung des Grundstückes.	354
3. Gegenstand des Baurechtes.	354
4. Die Wirkungen der Begründung des Baurechtes.	355
a) Das Prinzip.	355
b) Im einzelnen.	356
5. Die Folgen des Unterganges des Baurechtes.	357
II. Das Stockwerkeigentum.	358
1. Im allgemeinen.	358
2. Das ZGB und das Stockwerkeigentum.	359
a) Das Prinzip.	359
b) Neurechtliche Ersatzformen.	360

Art. 676

I. Die Leitungen überhaupt.	362
1. Begriff.	362
2. Das Recht zur Inanspruchnahme fremden Bodens.	362
a) Prekaristische Gestattung.	362
b) Obligatorische Verpflichtung.	362
c) Verleihung.	362
d) Gesetzesvorschrift.	362
e) Dienstbarkeit.	363
3. Die Eigentumsverhältnisse.	363
II. Insbesondere die Leitungsdienstbarkeit.	363
1. Im allgemeinen.	363
2. Die Sonderbestimmung von Abs. 3.	364
a) Befreiung vom Eintragungszwange.	364
b) Voraussetzung.	365
c) Praktische Konsequenz.	365

III. Die Behandlung der Leitung als Zugehör des Werkes.	365
1. Das Prinzip.	365
2. Durchführung des Prinzips.	366
a) Als Zugehör.	366
b) Als Hauptsache.	366
c) Die Voraussetzungen für die Anwendung der Regeln über die Zugehör	366
d) Die Anwendung der Regeln über die Zugehör.	367
e) Die grundbuchliche Behandlung.	368
Art. 677	
I. Begriff der Fahrnisbaute.	368
II. Juristische Behandlung der Fahrnisbauten.	368
a) Sachenrecht.	368
b) Obligationenrecht.	369
c) Zwangsvollstreckung.	370
Art. 678	
I. Analogie zum Bautenrecht.	371
II. Ausschluß der Pflanzensuperficies.	371
a) Die Regel.	371
b) Eine Ausnahme von der Regel.	372
III. Andere Bestimmungen über die Pflanzen.	372
Art. 679	
I. Das Prinzip.	372
1. Die Verantwortlichkeit des Grundeigentümers überhaupt.	372
2. Die Stellung des vorliegenden Artikels im System.	373
3. Der sachliche Geltungsbereich des Artikels.	374
II. Die Durchführung des Prinzipes.	374
1. Voraussetzungen der Verantwortlichkeit.	374
a) Überschreitung des Eigentums.	374
b) Ein schon eingetretener oder drohender Schaden.	376
c) Der Kausalzusammenhang.	376
d) Nicht erforderlich ist ein Verschulden des Beklagten.	376
2. Die Legitimation.	377
a) Aktivlegitimation.	377
b) Passivlegitimation.	377
3. Der Inhalt des Anspruches.	379
a) Die Eigentumsüberschreitung liegt als abgeschlossener Tatbestand in der Vergangenheit.	379
b) Die Eigentumsüberschreitung liegt als nicht abgeschlossener Tatbestand in der Vergangenheit.	380
c) Die Eigentumsüberschreitung liegt in der Zukunft.	381
4. Prozessuales.	382
a) Das Verfahren.	382
b) Gerichtsstand.	382
c) Die Vollstreckung.	382

5. Über die Stellung öffentlicher Betriebe.	382
Art. 680	
I. Begriff der Eigentumsbeschränkungen.	384
II. Die Eigentumsbeschränkungen und das Grundbuch.	384
1. Das Prinzip.	384
2. Ausnahmen.	384
III. Aufhebung und Abänderung von Eigentumsbeschränkungen.	385
1. Im allgemeinen.	385
2. Beschränkungen «privaten» und Beschränkungen «öffentlichen» Charakters	386
a) Gegensatz zwischen den öffentlichen und den privaten Beschränkungen .	386
b) Eigentumsbeschränkungen gemischter Natur.	387
3. Aufhebung und Abänderung öffentlichrechtlicher Beschränkungen	388
a) Aufhebung oder Abänderung durch Rechtsgeschäft unter den beteiligten Privatrechtssubjekten.	388
b) Aufhebung oder Abänderung der Beschränkung durch Verfügung der zuständigen Behörde.	388
4. Aufhebung und Abänderung privatrechtlicher Beschränkungen	390
a) Durch Rechtsgeschäft	390
b) Andere Gründe.	392
IV. Privatrechtliche Eigentumsbeschränkung und öffentliches Recht	393
1. Das Prinzip.	393
2. Anwendungsfälle.	394
a) Duldungspflichten.	394
b) Unterlassungspflichten.	396
c) Leistungspflichten.	397
d) Modifikation der gesetzlichen Ansprüche gemäß Art. 674, 691, 694	397
Art. 681, 682	
I. Das Vorkaufsrecht überhaupt	399
1. Begriff und Zweck.	399
2. Die rechtliche Natur des Vorkaufsrechtes.	400
3. Abgrenzung des Vorkaufsrechtes gegenüber verwandten Instituten	401
a) Einlösungsrecht	401
b) Kaufsrecht	402
c) Rückkaufsrecht	402
d) Vorvertrag	402
4. Verstärkung der Stellung des Berechtigten durch Vormerkung	403
a) Das Problem.	403
b) Die Lösung	404
II. Entstehung und Endigung des Vorkaufsrechtes.	404
1. Entstehung	404
a) Entstehungsgründe.	404
b) Der Vorkaufsvertrag	405
c) Die Vormerkung	406
d) Anmerkung des subjektiv-dinglichen Vorkaufsrechtes.	407

2. Endigung	408
a) Endigungsgründe	408
b) Löschung der Vormerkung	411
III. Subjekt und Objekt des Vorkaufsrechtes	412
1. Subjekt des Vorkaufsrechtes	412
a) Auf der aktiven Seite	412
b) Auf der passiven Seite	412
2. Subjektwechsel	412
a) Auf der aktiven Seite	412
b) Auf der passiven Seite	414
3. Objekt des Vorkaufsrechtes	414
IV. Inhalt und Wirkungen	414
1. Der Vorkaufsfall	414
a) Tatbestand des Vorkaufsfalles	414
b) Die Verwirklichung des Tatbestandes	415
2. Die Ausübung des Vorkaufsrechtes	417
a) Voraussetzungen	417
b) Die Ausübungserklärung	418
c) Die Ausübungsfrist	419
3. Die Wirkung der Ausübung des Vorkaufsrechtes	419
a) Begründung einer Kauf Obligation	419
b) Ansprüche des Vorkaufsberechtigten	421
c) Ansprüche des Vorverkäufers	422
d) Ansprüche des Dritten	422
4. Die grundbuchliche Behandlung	422
a) Beim nicht vorgemerkten Vorkaufsrecht	422
b) Beim vorgemerkten Vorkaufsrecht	423
V. Insbesondere das gesetzliche Vorkaufsrecht des Miteigentümers	423
1. Im allgemeinen	423
2. Entstehung und Endigung	424
3. Subjekt und Objekt	424
4. Inhalt und Wirkungen	425
a) Vorkaufsfall	425
b) Ausübung des Vorkaufsrechtes	425
c) Wirkung der Ausübung	425
d) Grundbuchliche Behandlung	425
VI. Intertemporales Recht	425
Art. 683	
I. Das Kaufsrecht	426
1. Begriff, Zweck, rechtliche Natur	426
2. Entstehung und Endigung	427
a) Entstehung	427
b) Endigung	428
3. Subjekt und Objekt	428
4. Inhalt und Wirkungen	428
a) Im allgemeinen	428
b) Ausübung des Kaufsrechtes in der Zwangsvollstreckung	429

II. Das Rückkaufsrecht (Wiederkaufsrecht)	432
III. Das Rückverkaufsrecht	433
IV. Intertemporales Recht	433
Art. 684	
I. Die Bedeutung von Art. 684 und seine Stellung im System	434
1. Das Verhältnis von Art. 684 zu den Art. 641 und 679.	434
2. Das Verhältnis von Art. 684 zum kantonalen Recht	435
a) Zum Privatrecht	435
b) Zum öffentlichen Recht	435
3. Die Anwendung von Art. 684.	436
II. Zulässige und unzulässige Einwirkungen.	437
1. Begriff und Arten der «Einwirkungen» überhaupt	437
a) Unmittelbare Einwirkungen	437
b) Mittelbare Einwirkungen	437
2. Einwirkungen im Sinne des vorliegenden Artikels	440
a) Einwirkungen, die nicht unter Art. 684 fallen	440
b) Einwirkungen im Sinne von Art. 684.	441
c) Einwirkungen auf das Eigentum von Nachbarn	441
3. Die Voraussetzungen des Verbotungsrechtes.	442
a) Das Prinzip.	442
b) Die Übermäßigkeit der Immission.	442
c) Die Folge der Übermäßigkeit der Immission.	445
d) Kasuistik.	445
4. Verzicht auf das Verbotungsrecht	447
5. Immissionen von öffentlichen Sachen usw.	447
IV. (recte III.) Der Immissionenprozeß.	447
Art. 685, 686	
I. Die Bedeutung der Art. 685 und 686.	449
II. Das Baurecht	449
1. Begriff	449
a) Das private Baurecht	449
b) Das öffentliche Baurecht (Baupolizeirecht).	450
2. Bundesrecht und kantonales Recht	451
a) Das private Baurecht	452
b) Das Baupolizeirecht	452
c) Anwendbarkeit des kantonalen Baupolizeirechtes auf das Verwaltungsvermögen des Bundes?.	453
3. Bedeutung und Tragweite des Vorbehaltes von Art. 686	453
a) Die rechtliche Natur der Bauvorschriften gemäß Art. 686	453
b) Ihrem Inhalte nach.	454
III. Bauvorschriften des Bundesprivatrechtes	455
1. Grabungen und Bauten.	455
2. Folgen der Verletzung nachbarrechtlicher Bauvorschriften.	456

3. Unterlassungsansprüche aus Art. 684.	457
4. Haftung des Werkeigentümers.	457

Art. 687, 688

I. Die Bedeutung der Art. 687 und 688.	458
1. Der Tatbestand.	458
2. Die Rechtsfolgen.	458
II. Die bundesrechtliche Regel (Art. 687).	459
1. Das Kapprecht	459
a) Legitimation	460
b) Voraussetzungen des Kapprechtes.	460
c) Ausübung des Kapprechtes.	461
d) Wirkung des Kapprechtes.	461
e) Die Unterlassung der Ausübung des Kapprechtes.	462
f) Das Verhältnis der im Kapprecht anerkannten Selbsthilfe zur Eigentumsfreiheitsklage.	462
2. Das Recht auf das Anries.	462
a) Legitimation.	462
b) Voraussetzung.	463
c) Umfang und Wirkungen.	463
III. Der Vorbehalt zugunsten des kantonalen Rechtes (Art. 688).	464
1. Abstände.	464
2. Kapprecht und Anries.	464

Art. 689, 690

I. Das Recht der Vorflut überhaupt.	465
II. Das Recht der Vorflut im ZGB.	466
1. Rechtliche Natur und Geltungsbereich der Art. 689/690.	466
2. Der Normalfall (Art. 689 Abs. 1 und 2).	466
a) Die Pflichten des Unterliegers.	466
b) Die Pflichten des Oberliegers.	468
2. (recte 3.) Die Vorflut bei Entwässerungen (Art. 690).	468
a) Seinem Inhalte nach.	468
b) Die Bedeutung von Art. 690.	469
3. (recte 4.) Der Anspruch des Unterliegers auf das nötige Abwasser (Art. 689 Abs. 3).	469

Art. 691, 692, 693

I. Das Durchleitungsrecht überhaupt.	471
II. Der Durchleitungsanspruch.	472
1. Rechtliche Natur.	472
2. Die Legitimation.	473
a) Aktivlegitimation.	473
b) Passivlegitimation.	474

3. Die Voraussetzungen	474
a) Anwendbarkeit von Art. 691 auf das Grundstück des Anspruchsgegners	474
b) Benachbarte Grundstücke	474
c) Unmöglichkeit der Erstellung der Leitung oder unverhältnismäßige Kosten	475
d) Kein Verweis auf den Weg der Enteignung	475
4. Inhalt und Wirkungen	476
a) Inhalt	476
b) Wirkung	476
c) Eigentumsverhältnisse und Haftung	477
III. Ansprüche des «Belasteten»	477
1. Anspruch auf vorgängigen vollen Ersatz des durch die Leitung verursachten Schadens	477
2. Anspruch auf billige Berücksichtigung seiner Interessen	478
3. Anspruch auf Abnahme des Bodens	478
4. Anspruch auf Verlegung der Leitung im Falle der Änderung der Verhältnisse	479
a) Geltungsbereich	479
b) Voraussetzung	479
c) Inhalt	480
d) Tragung der Kosten zur Verlegung	480
IV. Formalien	480
1. Zuständigkeit und Verfahren	480
2. Grundbuchliche Behandlung	482
Art. 694, 695, 696	
I. Weg und Wegrecht überhaupt	483
1. Begriff	483
a) Weg	483
b) Wegrecht	484
2. Arten der Wege	484
3. Rechtsverhältnisse der öffentlichen Wege	485
4. Rechtsverhältnisse der übrigen Wege	486
a) Im allgemeinen	486
b) Insbesondere die gesetzlichen Wegrechte	487
II. Der Notweg gemäß Art. 694	487
1. Der Notweg überhaupt	487
2. Die rechtliche Natur des Anspruches auf den Notweg	488
3. Die Legitimation	488
a) Aktivlegitimation	488
b) Passivlegitimation	489
4. Voraussetzungen	490
a) Anwendbarkeit von Art. 694 auf das Grundstück des Anspruchsgegners	491
b) Kein genügender Weg auf eine öffentliche Straße	491
c) Keine willkürliche Aufhebung der bisherigen Verbindung	493
5. Inhalt	494
a) Gewährung des «Weges»	494
b) Eintragung des Notweges im Grundbuch	494

6. Ansprüche des Belasteten	495
a) Anspruch auf volle Entschädigung	495
b) Anspruch auf möglichst schonende Ausübung	496
c) Ansprüche bei Veränderung der Verhältnisse	496
7. Formalien	496
III. öffentlichrechtliche Notwege	496
IV. «Andere Wegrechte» (Art. 695)	497
1. Im allgemeinen	497
2. Die nachbarrechtlichen Wegrechte	498
a) Die Holzwege	498
b) Der Winterweg	499
c) Der Tränkeweg	500
d) Der Brachweg	500
e) Andere Wege	500
3. Die nachbarrechtlichen Zutrittsrechte	501
a) Das Streck- und Tretrecht und das Anwendrecht	501
b) Hammerschlags- und Leiterrecht	501
c) Schaufelschlagsrecht	502
d) Andere nachbarrechtliche Zutrittsrechte	502
V. Die grundbuchliche Behandlung der Wege	502
1. Das Wegareal	502
2. Die Wegberechtigung	503
a) Bei den öffentlichen Wegen	503
b) Für die Notwege gemäß ZGB Art. 694	504
c) Bei den «andern Wegrechten» gemäß Art. 695	504
d) Die nachbarrechtlichen Zutrittsrechte	505

Art. 697

I. Begriff, Zweck und Bedeutung der Einfriedigung	505
II. Recht, Pflicht, Ort und Art der Einfriedigung	507
1. Das Recht der Einfriedigung	507
2. Die Pflicht zur Einfriedigung	507
a) Die privatrechtliche Pflicht	508
b) Die öffentlichrechtliche Pflicht	509
3. Der Ort der Einfriedigung	509
4. Die Art der Einfriedigung	509
III. Eigentumsverhältnisse und Kostentragung	510
1. Eigentumsverhältnisse	510
2. Kostentragung	511
IV. Haftung für Schäden	511
1. Anwendbares Recht	511
2. Haftungsfälle	512
a) Schaden durch fehlerhafte Anlage, Herstellung oder mangelhaften Unterhalt	512
b) Schaden durch rechtswidrige Einfriedigung	512
c) Schaden durch Verletzung der Einfriedigungspflicht	512

Art. 698

I. Vorrichtungen zur Ausübung der nachbarrechtlichen Befugnisse	512
II. Tragung der Kosten der Erstellung und des Unterhaltes.	513

Art. 699

I. «Recht auf Zutritt und Abwehr» überhaupt.	514
1. Das Prinzip.	514
2. Ausnahmen.	515
a) öffentlichrechtliches Zutrittsrecht.	515
b) Privatrechtliche Zutrittsrechte.	516
II. Das Zutrittsrecht gemäß Abs. 1 (Wald und Weide).	516
1. Gegenstand.	516
a) Die Regel.	516
b) Beschränkungen im einzelnen Falle.	517
2. Zutrittsberechtigung.	518
3. Inhalt und Umfang des Rechtes.	518
a) Das Zutrittsrecht.	519
b) Das Aneignungsrecht.	519
c) Beschränkung durch polizeiliche Vorschriften.	519
III. Jagdrecht (Abs. 2).	520
1. Quellen des Jagdrechtes.	520
a) Bundesrecht und kantonales Recht.	520
b) Bundesrechtliche Quellen.	520
c) Kantonalrechtliche Quellen.	520
2. Die Jagdberechtigung.	521
a) Im allgemeinen.	521
b) Nach der geltenden schweizerischen Jagdgesetzgebung.	522
c) Der Umfang der Jagdberechtigung.	523
3. Die Stellung des Grundeigentümers gegenüber dem Jagdberechtigten	524
a) Duldungspflichten.	524
b) Schadenersatzansprüche des Eigentümers.	525
c) Abwehrrecht.	526
IV. Fischereirecht (Abs. 2).	527
1. Quellen des Fischereirechtes.	527
a) Bundesrecht und kantonales Recht.	527
b) Bundesrechtliche Quellen.	527
c) Kantonalrechtliche Quellen.	527
2. Die Fischereiberechtigung.	528
a) Im allgemeinen.	528
b) Die privatrechtliche Berechtigung.	529
c) Nach der geltenden schweizerischen Fischereigesetzgebung	530
3. Die Stellung des Grundeigentümers gegenüber dem Fischereiberechtigten	531
a) Duldungspflichten.	531
b) Unterlassungspflichten	532
c) Schadenersatzanspruch.	532
IV. (recte V.) öffentlichrechtliche Zutrittsverbote.	532

Art. 700

I. Bedeutung und Zweck der Vorschrift	533
II. Der Aufsuchungs- und Wegschaffungsanspruch	534
1. Die Voraussetzungen	534
a) Positiv	534
b) Negativ	534
2. Die Legitimation	535
a) Aktivlegitimation	535
b) Passivlegitimation	535
3. Der Inhalt des Anspruches	535
III. Die rechtliche Stellung des Anspruchsgegners	536
1. Im allgemeinen	536
a) Die Pflichten des Anspruchsgegners	536
b) Verletzung dieser Pflichten	537
2. Rechte des Anspruchsgegners	538
a) Schadenersatzanspruch nach Abs. 2	538
b) Ansprüche nach Fundrecht	538
c) Retentionsrecht	538
IV. Analoge Anwendung auf bewegliche Sachen	539
V. Rückholungsanspruch bei Avulsio	539

Art. 701

I. Der Notstand überhaupt	540
1. Begriff und Arten des Notstandes	540
a) Begriff	540
b) Arten	540
c) Zivilrechtlicher und strafrechtlicher Notstand	541
2. Die gesetzliche Ordnung	541
II. Der Notstand i. S. von Art. 701	542
1. Der Tatbestand	542
a) Gefährdung eines Rechtsgutes	542
b) Abwendung eines drohenden Schadens oder einer gegenwärtigen Gefahr	543
c) Eingriff in fremdes Grundeigentum	543
d) Verhältnis zwischen Gefahr oder Schaden und der Beeinträchtigung	544
2. Rechtsfolgen im Falle der Verwirklichung des Tatbestandes	544
a) Duldungspflicht des Eigentümers	544
b) Schadenersatzpflicht	544
3. Rechtsfolgen bei mangelndem Tatbestand	546

Art. 702

I. Die öffentlichrechtlichen Eigentumsbeschränkungen	548
II. Die Kompetenzfrage	549
1. Das Prinzip	549
a) Bund und Kanton	549
b) Kanton und Gemeinde	550

2. Die Durchführung	550
a) Kompetenzen des Bundes	550
b) Kompetenzen der Kantone	551
III. Grundlagen und Schranken	552
1. Grundlagen	552
a) Der «Vorbehalt des Gesetzes»	552
b) Mittelbare Eigentumsbeschränkungen	555
2. Schranken	555
a) Gründe des «allgemeinen Wohles»	555
b) Eigentumsbeschränkungen des kantonalen Rechtes	555
IV. Grundbuchliche Behandlung	556
1. Das Prinzip	556
2. Die Durchführung	556
a) Art. 962 Abs. 1.	556
b) Art. 962 Abs. 2.	557
V. Zwangsvollstreckung	558

Art. 703

I. Begriff und Arten der Bodenverbesserungen	560
1. Die Bodenverbesserungen überhaupt	560
2. Insbesondere die Güterzusammenlegung	560
a) Bedeutung	561
b) Maßnahmen gegen die Entstehung einer neuen Zersplitterung des ländlichen Grundbesitzes	561
II. Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von Bodenverbesserungen	562
1. Das Prinzip	562
2. Das Bundesrecht	563
a) Beitrittszwang	563
b) Bundesrechtliche Spezialvorschriften	563
3. Das kantonale Recht	564
a) Verhältnis zum Bundesrecht	564
b) Die Aufgabe des kantonalen Rechtes	566
c) Die Durchführung	566
III. Anwendung auf Baugebiet	569

Art. 704

I. Das Quellen- und Grundwasserrecht überhaupt	570
II. Grundbegriffe des Quellen- und Grundwasserrechtes	571
1. Das Grundwasser	571
a) Begriff	571
b) Arten	572
2. Die Quelle	573
a) Begriff	573
b) Arten	574

	Das Quellenrecht	575
%••	1. Geltungsbereich	575
i	a) Gletscherquellen	575
	b) Bach- und Flußquellen	576
	c) Grundwasseraufstöße	577
	d) Heilquellen	578
	2. Quelle und Quellengrundstück	579
	3. Die dinglichen Rechtsverhältnisse	580
	4. Rechte und Pflichten des Eigentümers des Quellengrundstückes	580
	a) Das Prinzip	580
	b) Schranken	581
	c) Insbesondere das Verhältnis des Quelleneigentümers zu den Unterliegern	581
	5. Die Quelle als Gegenstand des Rechtsverkehrs	582
	IV. Das Grundwasserrecht	583
	1. Das Problem	583
	2. Die Lösung	584
	a) Lösungsmöglichkeiten	584
	b) Im geltenden Recht	584
	3. Kantone mit öffentlichem Grundwasserrecht	586
	a) Zürich	586
	b) Obwalden	587
	c) Nidwaiden	587
	d) Aargau	587
	4. Kantone ohne Grundwasserrecht	587
	Art. 705	
	I. Bedeutung des Artikels und Voraussetzungen seiner Anwendung	588
	1. Die Bedeutung des Artikels	588
	2. Die Voraussetzungen für die Rechtsbeständigkeit kantonaler Anordnungen	588
	a) Begriff des «gemeinen Wohles»	589
	b) Interessenkollision	589
	c) Fiskalische Interessen	589
	II. Inhalt	590
	1. Das Prinzip	590
	2. Die Durchführung	590
	3. Das kantonale Recht	591
	III. Anstände	592
	Art. 706, 707	
	I. Das Problem	593
	1. Historisch und rechtsvergleichend	593
	a) Die gemeinrechtliche Auffassung	593
	b) Die ostschweizerischen Rechte	594
	2. Das geltende Recht	594

II. Voraussetzungen des Schutzes gemäß Art. 706/707.	595
1. In bezug auf den Gegenstand	595
a) Quellen.	595
b) Brunnen.	597
2. In bezug auf den Eingriff.	598
a) Abgrabung und Beeinträchtigung	598
b) Verunreinigung	599
3. In bezug auf die Beteiligten.	599
a) Schädigung bei Ablehnung der gemeinschaftlichen Fassung	599
b) Schädigung des Quellenrechtsberechtigten durch den Eigentümer	599
c) Schädigung durch ein öffentliches Unternehmen.	600
d) Schädigung durch den Konzessionär einer Grundwasseranlage nach zürcherischem Recht.	600
III. Die Legitimation.	600
IV. Inhalt des Anspruches.	601
1. Drohende Abgrabung, Beeinträchtigung oder Verunreinigung	601
2. Eingetretene Abgrabung, Beeinträchtigung oder Verunreinigung	601
a) Das Prinzip.	601
b) Insbesondere der Schadenersatzanspruch.	602
c) Der Anspruch auf Wiederherstellung	603
d) Verjährung.	604
V. Expropriation von Rechten an Quellen.	605
 Art. 708	
I. Der Tatbestand	605
1. Quellengruppe.	605
2. Voraussetzungen.	606
a) Zwei oder mehrere Quellen.	606
b) Quellen verschiedener Eigentümer.	606
c) Benachbarte Quellen.	606
d) Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustande.	607
II. Die Rechtsfolgen.	607
1. Im allgemeinen	607
2. Die Legitimation	608
3. Inhalt und Form des Antrages.	608
4. Die Wirkungen des Antrages.	608
a) Keiner der Berechtigten widersetzt sich	608
b) Einer der Berechtigten widersetzt sich	609
 Art. 709, 710	
I. Gesetzliche Duldungspflichten	611
1. Grundlage.	611
2. Die privatrechtlichen Duldungspflichten	611
3. Die öffentlichrechtlichen Duldungspflichten.	611

II. Insbesondere die Duldungspflicht gemäß Art. 709.	612
1. Die Grundlage.	612
2. Bundesrechtliche Voraussetzungen.	612
a) Subjekt.	612
b) Gegenstand.	613
c) Inhalt und Umfang.	613
3. Durchführung.	614
III. Insbesondere der Notbrunnen (Art. 710).	614
1. Der Notbrunnen überhaupt.	614
2. Die rechtliche Natur des Anspruches.	615
3. Die Legitimation.	615
4. Die Voraussetzungen.	616
a) Anwendbarkeit von Art. 710.	616
b) Entbehrung des notwendigen Wassers.	616
c) Keine Herleitung von anderswo ohne ganz unverhältnismäßige Mühe und Kosten.	617
d) Wasserabgabe ohne eigene Not.	617
5. Art und Inhalt der Berechtigung.	617
a) Art der Berechtigung.	617
b) Inhalt und Umfang der Berechtigung.	618
6. Ansprüche des Belasteten.	618
7. Entstehung und Untergang.	618
8. Änderung der Verhältnisse.	619
Art. 711	
I. Die Bedeutung des Artikels.	620
II. Die Durchführung der Expropriation.	621
1. Träger des Anspruches.	621
2. Gegenstand der Enteignung.	622
3. Voraussetzungen.	623
4. Entschädigung.	623
a) Das Prinzip der vollen Entschädigung.	623
b) Das Prinzip des Naturalersatzes.	623
5. Die Wirkungen der Enteignung.	624
6. Zuständigkeit und Verfahren.	624
Art. 712	
I. Das Prinzip.	624
II. Die Durchführung der Enteignung.	625
a) Träger des Enteignungsrechtes.	625
b) Gegenstand.	625
c) Voraussetzungen.	625
d) Entschädigung.	626
e) Zuständigkeit und Verfahren.	626

Das Fahrniseigentum

Vorbemerkungen

I. Das Mobiliarsachenrecht	.626
1. Mobilien und Immobilien	.626
2. Die Ausgestaltung des Mobiliarsachenrechtes	.627
a) Publizitätsform	.628
b) Besondere Erwerbstatbestände bei dinglichen Rechten	.628
c) Persönliche Rechte mit verstärkter Wirkung	.628
II. Das Fahrniseigentum	.628
1. Der Erwerb des Fahrniseigentums	.628
2. Der Verlust des Fahrniseigentums	.630
3. Der Inhalt des Fahrniseigentums	.630
a) Im allgemeinen	.630
b) Die Entwicklung der Beschränkungen des Fahrniseigentums	.630
4. Der Schutz des Fahrniseigentums	.632
Art. 713	
I. Die Sachen: Begriff und Einteilung	.633
II. Die Naturkräfte	.633
Art. 714	
I. Der Tatbestand	.633
1. Übertragung des Eigentums	.633
a) Zugehör.	.635
b) Versteigerung	.635
2. Fährnis	.637
a) In Registern eingetragene Binnen- und Seeschiffe	.637
b) Wertpapiere, Schuldscheine und andere Urkunden	.639
II. Die Voraussetzungen der Eigentumsübertragung	.644
1. Im allgemeinen	.644
2. Die Parallelen und die Gegensätze zwischen der Grundstücks- und der Fährnisübereignung	.644
3. Rechtsvergleichend	.645
III. Gültiger Rechtsgrund	.645
1. Das Problem	.646
a) Praktische Tragweite	.646
b) Zur Dogmengeschichte	.648
2. Gründe und Gegengründe	.651
a) Gründe zugunsten der abstrakten Übereignung	.651
b) Gründe zugunsten der kausalen Übereignung	.653
3. Die Lösung	.655
IV. Einigung über den Eigentumsübergang	.655

1. Zur Dogmengeschichte655
2. Wo liegt die Einigung?656
3. Die Bedeutung der dinglichen Einigung im System der kausalen Tradition	658
4. Vergleich mit der dinglichen Einigung im System der abstrakten Tradition	665
5. Verzicht auf den Begriff der dinglichen Einigung668
V. Die Verfügungsbefugnis des Veräußerers.674
1. Verfügungsbefugnis des Eigentümers.675
2. Entzug der Verfügungsbefugnis des Eigentümers durch gesetzliche Vorschrift oder behördliche Verfügung im Interesse anderer Personen675
a) Bestimmte guter- und erbrechtliche Verhältnisse.675
b) Richterliches oder behördliches Verbot gemäß Prozeß- oder Vollstreckungsrecht675
3. Verfügungsbefugnis des Nichteigentümers.676
a) Kraft Gesetzes.676
b) Ermächtigung676
VI. Guter Glaube.677
1. Der Bereich des Gutgläubenschutzes.677
a) Entstehung des Besitzes des Veräußerers mit Willen eines früheren Besitzers.677
b) Entstehung des Besitzes des Veräußerers gegen den Willen des früheren Besitzers.677
c) Ursprung dieser Regeln.678
2. Die Voraussetzungen des guten Glaubens.679
a) Begründetes Vertrauen.679
b) Besitzer wird und darf als verfügungsberechtigt betrachtet werden680
3. Mängel, die durch den guten Glauben nicht ausgeglichen werden681
a) Kein Besitz beim Veräußerer.681
b) Kein Rechtsgrund.682
4. Guter Glaube bei Erwerb durch einen Vertreter.683
5. Zeitpunkt des guten Glaubens.684
6. Untergang dinglicher Rechte durch den Erwerb kraft guten Glaubens684
7. Beweis des guten Glaubens684
8. Rechtfertigung des gutgläubigen Erwerbs vom Nichtberechtigten685
VII. Die Übergabe des Besitzes686
1. Im allgemeinen686
2. Besitzübertragung bei Erwerb kraft guten Glaubens.688
VIII. Behebung eines Mangels der Tradition nach Übergabe des Besitzes688
1. Der Mangel eines Rechtsgrundes688
2. Der Mangel einer Verfügungsbefugnis des Veräußerers688
3. Die Verwirkung der Besitzrechtsklage.689
IX. Absolute Veräußerungsverbote.689
1. Ein Veräußerungsverbot des öffentlichen Rechtes.689
2. SchKG Art. 204 und 298 Abs. 1.689

Art. 715, 716

I. Entstehungsgeschichte und Quellen.	693
1. Bis zum Erlaß des ZGB.	693
2. Die geltenden Rechtsquellen.	694
a) Die wichtigsten Bestimmungen.	694
b) Abzahlungsgeschäft.	694
c) Zugehör.	695
d) Verordnung betreffend die Eintragung der Eigentumsvorbehalte vom 19. Dezember 1910.	695
e) Bestimmungen über den Eigentumsvorbehalt in den Erlassen über Schuldbetreibung und Konkurs.	700
3. Das Problem des Eigentumsvorbehalts de lege ferenda.	704
II. Der Zweck des Eigentumsvorbehalts.	708
III. Die Voraussetzungen des Eigentumsvorbehalts.	709
1. Im allgemeinen.	709
a) Veräußerungsvertrag.	709
b) Obligatorische Forderung.	710
c) Geeignetes Objekt.	710
d) Vertragliche Nebenabrede.	710
e) Veräußerungsbefugnis des Verkäufers.	710
f) Übergang des Besitzes an den Erwerber.	710
g) Registereintrag.	710
2. Ein geeignetes Objekt.	710
a) Fährnis.	710
b) Eigentumsvorbehalt und Fährnisverschreibung.	711
c) Gegenstände einer konzessionierten Eisenbahn-, Trolleybus- oder Dampfschiffahrts-Unternehmung.	713
d) Hausierhandel.	713
e) Verbrauchbare Sachen und Gattungssachen.	714
f) Bestandteile und Zugehörstücke.	715
g) Verschiedene mehr oder weniger gleichartige Gegenstände.	716
3. Ein Veräußerungsgeschäft.	717
a) Sachüberlassungsverträge.	717
b) Sacheinlage und Sachübernahme.	718
c) Unentgeltliche Geschäfte.	719
d) Legate.	719
e) Verpfändungsvertrag.	720
f) Tausch.	720
g) Kreditkauf.	720
h) Auflösung des Gemeinschaftsverhältnisses durch die Gesamthänder.	722
i) Werklieferungsvertrag.	723
k) Einkaufskommission und Auftrag zur Anschaffung von Gegenständen.	724
4. Eine besondere vertragliche Abrede.	724
a) Form.	724
b) Zeitpunkt des Eigentumsüberganges.	725
c) Juristische Natur der Vereinbarung.	726
d) Nichtiger oder einseitig unverbindlicher Veräußerungsvertrag.	729
e) Nachträglich verabredeter Eigentumsvorbehalt.	729
f) Übereinstimmende Willenserklärung.	733
5. Der Registereintrag.	734
a) Der Ort der Eintragung.	734

b) Das Eintragungsverfahren	.735
c) Der Zeitpunkt der Eintragung	.739
d) Die Wirkungen des Eintrags	.742
e) Die Löschung des Eintrags	.747
f) Internationales Recht	.747
6. Eigentum des Veräußerers	.748
7. Die Besitzübertragung	.748
8. Eine durch den Eigentumsvorbehalt gesicherte Forderung	.749
a) Eigentumsvorbehalt als akzessorisches Recht	.749
b) Übertragung des Eigentums Vorbehalts	.750
c) Verjährung	.751
d) Ausdehnung auf andere obligatorische Ansprüche des Berechtigten gegenüber dem Erwerber	.751
IV. Die Wirkungen des Eigentumsvorbehalts	.752
1. Besitz und Rechte an der unter Eigentumsvorbehalt veräußerten Sache	.752
a) Eigentum des Veräußerers	.752
b) Unselbständiger Besitz des Erwerbers	.754
c) Gewahrsam nach den Regeln des Betreibungsrechts	.756
d) Strafrechtliche Folgen der unerlaubten Verfügung	.757
e) Erwerber als Halter des erworbenen Tieres oder Fahrzeugs	.757
f) Besitzübertragung als Handänderung im Sinne des Privatversicherungsrechts	.757
g) Gebrauchs- und Nutzungsmöglichkeit des Erwerbers	.758
h) Auslösung des Eigentumswechsels	.758
2. Die Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts gegenüber dem Erwerber	.759
a) Erfüllung des Vertrages	.759
b) Rücktritt	.763
3. Die Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts in einer von den Gläubigern des Erwerbers durchgeführten Betreibung	.773
a) Pfändung von Gegenständen, an denen ein Eigentumsvorbehalt besteht	.773
b) Widerspruchsverfahren	.774
c) Bedeutung des Entscheides im Widerspruchsprozeß	.775
d) Wahlrecht des Veräußerers	.775
e) Nachträgliche Anmeldung des Anspruchs	.776
f) Eigentumsvorbehalt an Kompetenzstücken	.776
g) Konkurs des Erwerbers	.777
4. Die Bedeutung des Eigentumsvorbehalts für die Gläubiger des Veräußerers	.777
a) Vertragsgemäße Erfüllung durch den Erwerber	.778
b) Verzug des Erwerbers	.778
5. Eigentumsvorbehalt und gutgläubige Drittpersonen	.779
a) Kenntnis der Einträge im Eigentumsvorbehaltsregister	.779
b) Eigentumsverhältnisse nach Veräußerung, nach Bestellung von Pfandrecht oder Nutznießung	.780
c) Retentionsrecht des Vermieters oder Verpächters, des Gast- und Stallwirts	.780
d) Zugehör	.781
e) Verlust der dinglichen Sicherheit	.782
V. Der Untergang des Eigentumsvorbehalts	.783
1. Erlöschen der Forderung aus dem Kausalgeschäft	.783
2. Verzicht des Berechtigten auf sein Eigentum	.784
3. Untergang der Sache	.785

4. Erwerb des Eigentums durch eine Drittperson	785
a) Ermächtigung zur Übertragung	785
b) Gutgläubiger Erwerb	785
c) Erwerb durch Zuschlag in der Zwangsversteigerung	785
d) Erwerb von Bestandteil und Zugehör.	785
e) Erwerb durch Spezifikation	785
f) Zusprechung durch richterliches Urteil	785
5. Wechsel des Wohnsitzes durch den Erwerber	786
6. Streichung im Register	787
VI. Umgehungsgeschäfte	788
1. Kauf- und Rückkaufsgeschäfte, denen keine Veräußerung zugrunde liegt	789
2. Die Möbelleih-, Abonnements- und Kauf-Miete-Verträge	790
3. Kauf auf Probe	793
4. An- oder Vorauszahlungsvertrag	794
Art. 717	
I. Bedeutung und Anwendungsgebiet des Besitzkonstituts	796
1. Ausnahme vom Traditionsprinzip	796
2. Anwendungsbereich des Besitzkonstituts	797
a) Pfandrecht	797
b) Nießbrauch	798
c) Eigentumserwerb als Hauptanwendungsgebiet des Besitzkonstituts	798
3. Einschränkung des Anwendungsbereichs	799
II. Die Voraussetzungen des Eigentumserwerbs durch Besitzkonstitut	799
1. Ein Übertragungsgeschäft als gültiger Rechtsgrund	800
a) Veräußerungsgeschäft	800
b) Tausch	800
c) Schenkung von Hand zu Hand	800
d) Stiftung	802
e) Verpfändungs- und Erbvertrag	803
f) Einbringung einer Sache in eine Personen- oder Kapitalgesellschaft	803
g) Auflösung eines Gesamthandverhältnisses	803
h) Eigentumserwerb des Auftraggebers oder Kommittenten	803
i) Leistung an Erfüllungs Statt	805
2. Das besondere Rechtsverhältnis	805
a) Im allgemeinen	805
b) Der Vertrag	807
c) Gesetzliche Tatbestände	812
3. Eigentum oder Verfügungsbefugnis und Besitz des Veräußerers	815
a) Besitz und körperliche Gewalt — Unterschied zur Besitzeinweisung	815
b) Eigentum oder Ermächtigung des Eigentümers zum Verkauf	816
c) Guter Glaube des Erwerbers als Ersatz für mangelnde Verfügungsbefugnis des Veräußerers	817
4. Der dingliche Vertrag	818
III. Die Wirkungen des Besitzkonstituts	818
1. Inter partes	818
a) Übergang des Eigentums, Einräumung des selbständigen Besitzes	818
b) Verfügung des Erwerbers über die Sache	819
c) Pflicht des Veräußerers zur Herausgabe an den Erwerber	820

d) Verletzung der Herausgabepflicht durch Veräußerung an einen gutgläubigen Dritten	821
e) Stellung des Erwerbers in der Zwangsvollstreckung	821
2. Dritten gegenüber	823
a) Im allgemeinen	823
b) Die Fälle der Unwirksamkeit	825
3. Die Geltendmachung der Unwirksamkeit	832
a) Die Aktivlegitimation	832
b) Klageeinreichung oder Einrede im Widerspruchs- und Aussonderungsverfahren	833
c) Verfahrensgrundsätze	840
d) Verjährung	842
IV. Internationales Recht	844
Art. 718, 719	
I. Wesen und Arten des ursprünglichen (originären) Eigentumserwerbs	848
1. Originärer und derivativer Eigentumserwerb	848
2. Das entscheidende äußere Moment für den originären Eigentumserwerb	851
a) Besitzergreifung oder eine andere Handlung des Erwerbers	851
b) Das Auffinden einer Sache durch einen Dritten	852
c) Zeitablauf	852
d) Tatsächliches Ereignis	852
e) Verfügung oder Mitwirkung einer Behörde	853
3. Der originäre Eigentumserwerb in der Systematik der Kodifikation	853
II. Die Voraussetzungen der Aneignung	854
1. Eine herrenlose bewegliche Sache	854
a) Noch kein Eigentümer	855
b) Vom Eigentümer derelinquiert	855
c) Für jedermann frei aneignungsfähig	858
d) Überhaupt okkupationsfähig	859
2. Die Besitzergreifung durch den Erwerber	864
3. Der Wille zum Eigentumserwerb	865
a) Aneignung durch urteilsunfähige und beschränkt handlungsfähige Personen	866
b) Aneignung durch Drittpersonen	866
c) Das subjektive Moment	867
d) Beweisregeln	868
III. Die Aneignung von Tieren	868
1. Wildlebende Tiere	869
a) Jagdwild und jagdbare Vögel	869
b) Fische und Krebse	872
c) Geschützte Tiere	874
d) Schädliche Tiere	876
2. Gefangene Tiere	876
a) Begriff	876
b) Die Nachforschungen des Eigentümers	877
c) Der Verlust des Eigentums	878
3. Gezähmte Tiere	879
4. Zahme Tiere	880
5. Die Bienen	881

Art. 720, 721, 722

I. Voraussetzungen für den Eigentumserwerb des Finders.	886
1. Eine verlorene Sache.	886
a) Vom Inhaber bewußt verborgen gehaltene Sache.	889
b) Absichtlich weggeworfene oder liegengelassene Sachen.	890
c) Gestohlene Sachen.	890
d) Fund von Sachen bei Leichen.	891
e) Schatz oder wissenschaftlich interessanter Gegenstand.	891
f) Immobilien.	892
2. Ein Ort, an welchem eine Sache gefunden werden kann.	892
a) Allgemein zugängliches Areal.	892
b) Gebäulichkeiten.	893
3. Besitzerwerb durch eine als Finder zu qualifizierende Person	894
a) Bloße Wahrnehmung eines Objektes.	894
b) Besitzergreifung.	895
c) Fund durch Drittpersonen.	896
d) Körperliches Ergreifen	896
e) Finder.	897
4. Erfüllung der dem Finder durch Gesetzesvorschrift auferlegten Pflichten	897
5. Zeitablauf	898
II. Die Pflichten des Finders	900
1. Die Aufbewahrungspflicht	900
a) Im allgemeinen.	900
b) Die Pflicht zur Übergabe an einen Dritten.	902
c) Recht und Pflicht zum Notverkauf und Verwahrung des Steigerungserlöses	903
2. Die Nachforschungspflicht	906
3. Die Herausgabepflicht	908
a) Inhalt und Umfang.	908
b) Die Person des Berechtigten und dessen Ansprüche.	910
c) Die Verantwortlichkeit des Finders für Verlust und Minderwert	911
III. Die Rechte des Finders.	914
1. Das Recht auf den Besitz	914
2. Ansprüche finanzieller Natur	916
a) Recht auf Auslagenersatz.	916
b) Anspruch auf Finderlohn.	917
c) Anspruch auf Schadenersatz.	918
d) Retentions- und Verrechnungsrecht	919
3. Das Recht auf den Eigentumserwerb.	920

Art. 723, 724

I. Schatzfund und Fund wissenschaftlich interessanter Gegenstände im allgemeinen.	926
II. Die Voraussetzungen für den Eigentumserwerb.	928
1. Ein besonders geartetes Fundobjekt	928
a) Eine bewegliche Sache.	928
b) Eine Sache, die keinen Eigentümer hat.	929
c) Erheblicher Wert	933

2. Ein spezieller Fundort	934
a) Grundstück	934
b) Mobilien	936
3. Das Auffinden	936
a) Das Ausgraben	936
b) Die Besitzergreifung	937
4. Das Verstreichen verhältnismäßig langer Zeit bis zum Auffinden der Sache	938
III. Die Verwirklichung des Eigentumserwerbs und die daraus resultierenden Folgen	939
1. Die zum Eigentumserwerb berechtigten Personen	939
a) Schatzfund	939
b) Wissenschaftlich wertvolle Gegenstände	942
2. Der Zeitpunkt des Eigentumserwerbs	943
3. Die Wirkungen des Eigentumserwerbs für den Berechtigten	945
a) Die Durchsetzung des Eigentumsanspruchs	945
b) Der Verzicht auf den Eigentumserwerb	946
4. Die Entstehung obligatorischer Ansprüche	947
a) Schatzfund	948
b) Fund wissenschaftlich wertvoller Objekte	950
IV. Das Ausgrabungsrecht des Kantons	952
1. Juristische Natur und beteiligte Personen	952
2. Die Voraussetzungen	953
a) Eine vorausgegangene Entdeckung	953
b) Ein zur Ausgrabung geeignetes Areal	954
c) Ersatz des durch die Ausgrabungsarbeiten verursachten Schadens	955
3. Geltendmachung der Ansprüche und Verfahren	956
Art. 725	
I. Die Zuführung im allgemeinen	960
1. Die Voraussetzungen der Zuführung	961
a) Eine bewegliche Sache	961
b) Eine Sache, die nicht herrenlos ist	962
c) Ein vom Willen des Eigentümers unabhängiges zufälliges Ereignis	965
d) Eine spezielle räumliche Beziehung zwischen Fundort und Finder	968
e) Eine zum Besitzerwerb geeignete Handlung	970
2. Die Anwendung der Vorschriften über das Fundrecht	972
a) Die Pflichten des Finders	972
b) Die Rechte des Finders	973
c) Ablauf einer Frist	974
3. Die Berücksichtigung anderweitiger gesetzlicher Bestimmungen	974
II. Die Zusendung von Sachen, insbesondere von unbestellten Waren	976
Art. 726	
I. Allgemeines	992
II. Historische Bemerkungen	993
III. Rechtsvergleichung	994
1. Deutschland	994

2. Österreich	994
3. Frankreich	994
4. Italien	995
IV. Voraussetzungen des Eigentumserwerbes durch den Verarbeiter	995
1. Fremde bewegliche Sache	995
2. Verarbeitungshandlung	996
3. Neue Sache (nova species)	997
a) Begriff	997
b) Kasuistik	998
4. Auf gewendete Arbeit muß kostbarer sein als der verwendete Stoff	1000
a) Im einzelnen	1000
b) Kasuistik	1002
V. Rechtsfolgen der Verarbeitung	1003
1. Eigentumserwerb	1003
2. Unmittelbare Auswirkungen auf Rechte Dritter	1003
a) Auf das Eigentum des Stoffeigentümers	1003
b) Auf beschränkte dingliche Rechte	1003
c) Auf obligatorische Rechte	1004
d) Auf Persönlichkeitsrechte	1004
e) Auf den Eigentumsvorbehalt	1004
3. Besondere Wirkungen	1004
VI. Wirkungen der Verarbeitung auf den Eigentumsvorbehalt	1005
1. Wirkungen auf den gewöhnlichen Eigentumsvorbehalt	1005
2. Erweiterter Eigentumsvorbehalt?	1005
a) Bejahende Thesen	1005
b) Verneinende Thesen	1007
c) Hier vertretene Auffassung	1008
VII. Verhältnis von Art. 726 zur werkvertraglichen und arbeitsvertraglichen Verarbeitung	1008
1. Zur werkvertraglichen Verarbeitung	1008
a) Werklieferungsvertrag	1008
b) Verarbeitungsvertrag	1008
2. Zur arbeitsvertraglichen Verarbeitung	1009
VIII. Bösgläubige Verarbeitung (Abs. 2)	1010
1. Allgemeine Regelung	1010
2. Voraussetzungen der Bösgläubigkeit	1011
3. Rechtsfolgen	1011
IX. Obligatorische Ausgleichsansprüche	1012
1. Schadenersatzansprüche	1013
a) Allgemeines	1013
b) Aus Vertragsverletzung (Art. 97 ff. OR)	1013
c) Aus unerlaubter Handlung (Art. 41 ff. OR)	1013
2. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung (Art. 62 ff. OR)	1013
3. Genugtuungsansprüche (Art. 49 OR)	1014

X. Prozessuales	.1014
A. Klagen bei gutgläubiger Verarbeitung (Art. 726 Abs. 1 ZGB)	.1014
1. Eigentumsklage (Art. 641 Abs. 1 ZGB)	.1014
2. Eigentumsfeststellungsklage	.1015
3. Besitzrechtsklage	.1016
B. Gestaltungsklage bei bösgläubiger Verarbeitung (Art. 726 Abs. 2 ZGB)	.1016
XL Internationales Privatrecht	.1018

Art. 727

I. Allgemeines	.1021
1. Übersicht	.1021
2. Abgrenzung zu Art. 726 ZGB	.1021
3. Abgrenzung zu Art. 671 ff. ZGB	.1021
4. Abgrenzung zu Art. 484 OR	.1022
II. Historische Bemerkungen	.1022
1. Römisches Recht	.1022
2. Germanisches Recht	.1022
III. Rechtsvergleichung	.1023
1. Deutschland	.1023
2. Oesterreich	.1023
3. Frankreich	.1024
4. Italien	.1024
IV. Voraussetzungen der Verbindung	.1025
1. Begriff	.1025
2. Verbindungsakt	.1025
3. Beschaffenheit der Verbindung	.1026
a) Allgemeines	.1026
b) Neue Sache?	.1026
c) Keine Trennung ohne wesentliche Beschädigung	.1026
d) Keine Trennung ohne unverhältnismäßige Arbeit und Auslagen	.1027
e) Keine Trennung ohne wesentliche Veränderung	.1027
f) Ortsgebrauch, Dauer der Verbindung	.1028
V. Voraussetzungen der Vermischung und Vermengung	.1028
1. Begriff	.1028
2. Vermischungs- und Vermengungsakt	.1029
3. Beschaffenheit der Vermischung und Vermengung	.1029
a) Neue Sache?	.1029
b) Keine Trennung ohne wesentliche Beschädigung	.1029
c) Keine Trennung ohne unverhältnismäßige Arbeit und Auslagen	.1030
d) Keine Trennung ohne wesentliche Veränderung	.1030
VI. Rechtsfolgen der Verbindung und Vermischung/Vermengung	.1030
A. Dingliche Rechtsfolgen	.1030

1. Entstehung von Miteigentum (Abs. 1).	.1030
a) Allgemeines.	.1030
b) Voraussetzungen.	.1031
c) Größe der Miteigentumsanteile.	.1031
d) Liquidation des Miteigentums.	.1031
e) Wirkungen auf Rechte Dritter.	.1031
f) Zwingende Natur der dinglichen Rechtsfolgen.	.1032
g) Das ius tollendi.	.1033
h) Spezielle Rechtsfolgen.	.1033
2. Akzession (Abs. 2).	.1034
a) Allgemeines.	.1034
b) Voraussetzungen.	.1034
c) Wirkungen auf Rechte Dritter.	.1035
d) Zwingende Natur der dinglichen Rechtsfolgen.	.1035
B. Obligatorische Rechtsfolgen (Ausgleichsansprüche).	.1036
1. Im allgemeinen.	.1036
2. Bei der Entstehung von Miteigentum (Abs. 1).	.1036
3. Bei der Akzession (Abs. 2).	.1036
VII. Vermischung und Vermengung von Geld und anderen Sachen gleicher Art und Güte.	.1037
1. Die Vermengung von Geld.	.1037
2. Die Vermischung und Vermengung von anderen Sachen gleicher Art und Güte.	.1038
3. Die Sammelverwahrung von Wertpapieren und Edelmetallen.	.1040
4. Sonderfälle.	.1042
a) Die Vereinigung von Bienenschwärmen.	.1042
b) Die Vermischung und Vermengung im ehelichen Güterrecht.	.1043
5. Obligatorische Ausgleichsansprüche.	.1043
VIII. Prozessuales.	.1044
1. Eigentumsklage (Art. 641 Abs. 1 ZGB).	.1044
2. Eigentumsfeststellungsklage.	.1044
3. Besitzrechtsklage.	.1044
4. Klage auf Aufhebung des Miteigentums (Art. 651 Abs. 2 ZGB).	.1044
IX. Internationales Privatrecht.	.1044
Art. 728	
I. Allgemeines.	.1046
II. Historische Bemerkungen.	.1048
III. Rechtsvergleichung.	.1048
1. Deutschland.	.1048
2. Oesterreich.	.1048
3. Frankreich.	.1048
4. Italien.	.1049
IV. Voraussetzungen der Ersitzung.	.1049
1. Ersitzungsfähigkeit.	.1049

2. Gegenstand	.1049
A. Eigentum	.1049
B. Nutznießung	.1051
C. Faustpfandrecht	.1052
3. Eigenbesitz	.1052
4. Guter Glaube	.1053
5. Zeitablauf	.1054
a) Fünfjähriger Besitz	.1054
b) Stillstand und Unterbrechung der Ersitzungsfrist	.1055
c) Unangefochtener Besitz	.1058
6. Rechtsgrund	.1058
V. Rechtsfolgen	.1059
1. Originärer Rechtserwerb	.1059
2. Untergang allfälliger Rechte Dritter	.1059
3. Bereicherungsansprüche?	.1059
4. Obligatorische Herausgabeansprüche	.1060
VI. Rechtsstellung des Ersitzungsbesitzers vor vollendeter Ersitzung	.1060
VII. Internationales Privatrecht	.1061
Art. 729	
I. Allgemeines	.1062
II. Rechtsvergleichung	.1063
1. Deutschland	.1063
2. Oesterreich	.1063
3. Frankreich	.1064
4. Italien	.1064
III. Die privatrechtlichen Tatbestände des Eigentumsverlustes	.1064
1. Der absolute Eigentumsverlust	.1064
a) Dereliktion	.1064
b) Besitzverlust bei gefangenen und wilden und bei gezähmten Tieren	.1067
c) Untergang der Sache	.1067
2. Der relative Eigentumsverlust	.1067
a) Durch derivativen Eigentumserwerb	.1068
b) Durch originären Eigentumserwerb	.1068
IV. Die öffentlichrechtlichen Tatbestände des Eigentumsverlustes	.1068
1. Enteignung	.1068
2. Konfiskation	.1068
3. Militärische Requisition	.1069
4. Zwangsvollstreckung gemäß SchKG	.1069
5. Richterliches Gestaltungsurteil?	.1069
V. Beweislast	.1069